

Intermediäre Akteure in einer „vielfältigen Demokratie“¹

Wer wird bestreiten wollen, dass sich heute eine Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren in der Kommunalpolitik bewegen, die gemeinsame Interessen und Anliegen ihrer jeweiligen Milieus und Bezugsgruppen formulieren, bündeln und in die politische Debatte einbringen. Ob Sprecherinnen einer Bürgerinitiative, Vorsitzende von Migrantenjugendorganisationen, die Koordinatorinnen eines Schülerhaushalts, „Kümmerer“ und „Stadtteilmütter“ im Quartier, Mitglieder einer Bürgerstiftung, Organisatorinnen von Flüchtlingsnothilfen oder junge Facebook-Aktivisten, die für eine TTIP-freie Kommune werben, sie alle sind heute Teil eines vielstimmigen Chors, der politisches Handeln – nicht nur – in den Kommunen bereichert, aber auch die Willensbildung zuweilen schwierig macht und die Ratsmitglieder gelegentlich überfordert. Oft erscheinen diese „neuen“ Intermediären einflussarm und randständig, aber zuweilen übernehmen sie auch die Gestaltung kompletter kommunaler Handlungsfelder wie dies jüngst an einigen Orten der Fall gewesen ist, wo lokale Initiativen einer hilflosen Kommunalpolitik gezeigt haben, wie eine humane und verantwortliche Willkommenskultur für Flüchtlinge aussehen könnte und sollte.

Wie ist diese neue politische Vielfalt zu verstehen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die lokale Demokratie? Vor welchen Herausforderungen stehen die „neuen“ Intermediären selbst? Dieser Beitrag schlägt einen Deutungsrahmen für einen weitgefassten politischen Bereich vor und versucht sich an einigen Antworten auf die gestellten Fragen.

Auf dem Weg zu einer „vielfältigen Demokratie“

Verstärkt durch die Proteste gegen „Stuttgart 21“ erleben wir seit einigen Jahren eine Entwicklung hin zu einer „vielfältigen Demokratie“. Diese Tendenz, die auch als Leitidee taugt, legt nahe, Demokratie heute in fünf Elementen zu buchstabieren:

1. **Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen (Wahlen, Parlamente etc.).** Sie erfahren noch immer hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und produzieren mehr als 90 Prozent aller Entscheidungen. Durch Beiräte und Ausschüsse, sachkundige Bürgerinnen und Bürger, sowie Themennetzwerke (etwa zur lokalen Integrationspolitik) öffnen sich Räte und Kommunalverwal-

¹ Bearbeitete und leicht gekürzte Fassung eines Beitrags, der zuerst im „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ des vhw erschienen ist (Heft 5, Oktober/November 2015, S. 226-230).

tungen im Rahmen ihrer Funktionsbedingungen auch für Formen der deliberativen Bürgerbeteiligung. Aber sie können heute keinen Alleinvertretungsanspruch mehr geltend machen, wie die nachlassende Wahlbeteiligung oder die sinkende Akzeptanz der dort gefällten Entscheidungen verdeutlichen. Auch die Legitimationskraft der Repräsentanten in Gemeinderäten und Parlamenten hat deutlich gelitten. So werden z.B. zentrale Infrastrukturentscheidungen heute oft nur noch akzeptiert, wenn zusätzliche Formen der Bürgerbeteiligung angeboten werden.

Zur repräsentativen Demokratie gehört – zumindest in der deutschen Spielart – ein differenziertes und gut institutionalisiertes System intermediärer Interessenvermittlung, das aus politischen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften besteht. Sie stellen nicht nur, wie die Parteien, das Gros des politischen Personals, sondern erheben auch den Anspruch, zwischen Staat und Bürgerschaft in beide Richtungen zu vermitteln. Als Spitzenverbände und Mitgliedsorganisationen bringen sie die jeweiligen Mitgliederinteressen in den politischen Prozess ein und sorgen gleichzeitig für die Akzeptanz der dabei erzielten Kompromisse in den eigenen Reihen. Das zumeist hauptamtliche Personal dieser „alten“ Intermediären verfügt in der Regel als anerkannte „Träger öffentlicher Belange“ über einen garantierten Zugang zu Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen.

Nimmt man historische Klagen über eine allzu starke Parteien- und Verbändehegemonie, die zur Geschichte der alten Bundesrepublik gehörten, dann wird deutlich, dass die Zeiten vorbei sind, in denen diese etablierten Intermediären unangefochten das Geschäft der Interessenvermittlung für sich reklamieren konnten. Sichtbares Zeichen ist die seit Jahrzehnten schrumpfende Parteimitgliedschaft. Aber auch viele Verbände und Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, Mitglieder anzuziehen und deren Interessen zur Geltung zu bringen. Sie scheinen heute in der Summe – trotz vorhandener Gegen Tendenzen – exklusiver, d.h. sie vernachlässigen vielfach schwache Interessen, sind stärker „top down“ als „bottom up“ orientiert, lassen ihre anwaltschaftliche Funktion verkümmern, drängen die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer Mitgliedschaft an den Rand und büßen zunehmend ihre Milieubindung und Verankerung im Alltag der Bürgerschaft ein. In der Parteienforschung z.B. wird dies zugespitzt als Entwicklung zu einer professionell geführten und als Wahlkampfmaschine optimierten „Kartellpartei“ analysiert, in der artikulationswillige Mitglieder eher stören. Es drohe eine Entleerung des westlichen Demokratiemodells (Mair 2013). In Deutschland kommen noch vereinigungsbedingte Repräsentationsdefizite hinzu. So ist es allenfalls formal gelungen, die westdeutschen Strukturen intermediärer Interessenvermittlung auf Ostdeutschland zu erstrecken. Ganze Landesverbände der großen politischen Parteien erreichen dort (mit Ausnahme der Linkspartei) gerade einmal die Mitgliedszahlen westdeutscher Großstädte. Auch die Wohlfahrtsverbände haben in den neuen Bundesländern sehr früh auf ein Profil als gut geführte Dienstleistungsunternehmen und die weniger auf Mitgliedschaften gesetzt. Es wäre jedoch voreilig, aus diesen intermediären Funktionsverlusten auf schwindenden politischen Einfluss zu schließen. Immerhin haben sie einen politischen Raum freigegeben, in dem sich neue intermediäre Akteure ansiedeln konnten. So hat sich z.B. die Zahl der Vereine zwischen 1960 und 2011 mehr als versechsfacht (von 86.000 auf 580.000) und seit der Vereinigung mehr als verdoppelt.

2. **Formen direkter Demokratie.** Während die repräsentative Demokratie für die Wählerschaft nur die Möglichkeit einer diffusen Unterstützung von Personen und Parteien vorsieht, geht es in bei direktdemokratischen Verfahren vor allem um Sachvoten. Verbindliche Entscheidungen sind das Ziel von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden, aber auch bei jenen Versionen des Bürgerhaushalts, wo die Bürgerschaft direkt über (Teil-)Budgets bestimmen kann. In kleiner Münze gibt es diese Möglichkeit auch bei Quartiersfonds, Kiezkassen, Demokratiefonds, Jugendbudgets oder Schülerhaushalten (Roth 2013). All diese direktdemokratischen Formate gewinnen an Bedeutung. Ihre lokalen Variationen sind erheblich (vgl. Lerner 2014), und sie erfreuen sich in der Bürgerschaft deutlich größerer Wertschätzung als bei den repräsentativen Entscheidungsträgern (vgl. Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014).

Beim Starren auf Quoren und Abstimmungsergebnisse wird meist übersehen, dass gerade die Formen direkter Demokratie ohne Kampagnen und mobilisierende Akteure nicht erfolgreich sein können (Scholten/Kamps 2014). Intermediäre Politikvermittler sind bereits nötig, wenn es darum geht, die erforderlichen Unterschriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren zu sammeln. Oft entstehen auf dem Wege zum Volksentscheid Netzwerke mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren und Aktionsformen. Sie sind ein wachsendes Betätigungsfeld für neue Intermediäre, die nicht in die repräsentativen Strukturen eingebunden sind. Der Berliner Wassertisch, der sich zunächst erfolgreich für eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe eingesetzt hat und inzwischen international als Themenanwalt in Sachen Wasser auftritt, ist ein Beispiel für ein solches offenes Forum (www.berliner-wassertisch.info). Dass ausgerechnet ein eingetragener Verein (Mehr Demokratie e.V.) bundesweit wesentliche Infrastrukturleistungen für direkt-demokratische Verfahren erbringt, ist sicherlich kein Zufall.

3. **Dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen,** die von der öffentlichen Hand, in kommunalen Einrichtungen, gelegentlich auch von privaten Vorhabenträgern „von oben“ angeboten werden und in eingeschränkter Form auch – etwa in der Bauleitplanung – rechtlich fixiert sind. Es geht um Anregungen, neue Ideen und Prioritäten in der Entscheidungsvorbereitung. Sie sind bei den Beteiligten oft mit großen Erwartungen verbunden, was die verbesserte Qualität, die größere Interessenberücksichtigung und Gemeinwohlnähe sowie die Akzeptanz der Entscheidungen betrifft (vgl. Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014). Dialogorientierte Formate haben in den letzten Jahrzehnten einen weltweiten Boom erfahren (ein Beteiligungskompass der Bertelsmann-Stiftung versammelt 80 unterschiedliche Methoden – www.beteiligungskompass.org). Sie reichen von geschlossenen Kleingruppen, die durch Zufallsauswahl möglichst repräsentativ gebildet werden (z.B. Planungszellen) bis zu Bürgerforen, an denen sich bundesweit mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Sie können thematisch fokussiert sein (z.B. die gesellschaftliche Gestaltung von Zukunftstechnologien), aber auch umfassende stadtpolitische Leitbilder aufgreifen (z.B. „Hannover 2030“). Dabei ist die Verknüpfung von online- und offline-Verfahren inzwischen Standard. Besonders im Bereich der Infrastrukturpolitik gilt heute weithin der Grundsatz, dass Großprojekte ohne eine frühe und möglichst ergebnisoffene Bürgerbeteiligung nicht mehr durchsetzbar sind. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg 2014 eine Verwaltungsvorschrift für die Planung von

Infrastrukturvorhaben des Landes in Form eines „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ verabschiedet. Parallel entwickelte VDI-Richtlinien (7000 und 7001) zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten verdeutlichen, dass die Beteiligungsbotschaft auch in der Wirtschaft angekommen ist.

Gleichzeitig gibt es zahlreiche partizipative Aufbrüche in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas und Schulen. Ein Beispiel sind von allen Beteiligten – Kindern, Eltern und Erzieherinnen – gemeinsam entwickelte Kita-Verfassungen, die Mitspracherechte der jeweiligen Gruppe festhalten. Das Konzept der „kinderfreundlichen Kommune“, mit dem gerade die Beteiligungsnormen der UN-Kinderrechtskonvention in den kommunalen Alltag übersetzt werden sollen, hat inzwischen auch in Deutschland Fuß fassen können. Schließlich gibt es inzwischen mehrere Dutzend Städte und Gemeinden, die sich verbindliche Beteiligungssatzungen gegeben haben, unterstützt von jährlichen Vorhabenlisten und Beteiligungslandkarten, koordiniert von kommunalen Beteiligungsbeauftragten in der Verwaltung (zum Stand s. www.netzwerk-buergerbeteiligung.de).

Schon diese grobe Übersicht lässt ahnen, dass mit der erweiterten Beteiligungskultur neue intermediäre Akteure auf den Plan treten. Sie profilieren sich in den Partizipationsprozessen, betreiben Öffentlichkeitsarbeit, pflegen Netzseiten, übernehmen Koordinations- und Vermittlungsaufgaben, fühlen sich für das Monitoring der Umsetzungsprozesse zuständig, bilden Netzwerke und Themenforen u.v.a.m. Ihr Profil reicht von Aktivbürgerinnen und –bürgern, die sich freiwillig in zuweilen aufwendigen Verfahren engagieren, über Beteiligungslotsen, Mentoren, Mediatoren und andere Kommunikationsspezialisten, die entsprechende Qualifizierungen durchlaufen haben, bis zu Unternehmen, die sich auf die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Beteiligungsprozessen spezialisiert haben und diese im öffentlichen und privaten Auftrag durchführen oder begleiten. In den USA ist längst von einer „Beteiligungsindustrie“ die Rede, die sich um die partizipative Bodenhaftung von öffentlichen und privaten Vorhaben kümmert (Walker 2014). Auch wenn es bislang an grundlegenden Informationen über Umfang und Profil dieser neuen Beteiligungskultur fehlt, ist dort inzwischen ein größer werdendes buntes Völkchen von Intermediären unterwegs, die sich um diese Variante der Vermittlung zwischen Kommunalpolitik und –verwaltung einerseits und einer vielfältiger gewordenen Bewohnerschaft andererseits kümmern. Intermediäre stehen nicht zuletzt vor der Aufgabe, die durch Beteiligungsprozesse gesteigerten, zumindest deutlich sichtbar werdenden vielfältigen und oft auch gegensätzlichen Interessen (Hummel 2015) zu moderieren und Kompromisse zu ermöglichen.

4. **Proteste, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen** sind als der eigentliche Motor auf dem Wege zu einer vielfältigen Demokratie anzusehen. Mit ihrem Widerspruch, ihren Experimenten und Gegenentwürfen fordern sie „von unten“ mehr Beteiligung und Mitsprache ein, setzen neue Themen auf die Agenda, entwickeln Alternativen und erproben soziale Innovationen. Sie wirken als Intermediäre zwischen Politik und Bevölkerung, die vernachlässigte, ausgegrenzte oder neue Themen auf die Agenda setzen. Gerade Bürgerinitiativen stehen immer wieder unter dem Verdacht, bornierte Eigeninteressen zu bündeln. Aber Proteste verschaffen gerade in den Großstädten auch „schwachen“ Gruppen Gehör, wie z.B. in den weltweiten „Recht auf die Stadt“-Bewegungen. In jüngster Vergan-

genheit boten sie zudem ein Experimentierfeld für Formen unmittelbarer Demokratie jenseits des etablierten Politikbetriebs (z.B. mit offenen Protestcamps auf zentralen Plätzen).

Zwar fehlt es an aktuellen Daten (die letzte repräsentative Studie zu Bürgerinitiativen stammt aus den frühen 1980er Jahren), aber wir können davon ausgehen, dass Bürgerinitiativen und Protestbewegungen als Form der politischen Einflussnahme in großen Teilen der Bevölkerung hoch im Kurs stehen. In der Bewegungsforschung ist von einer „Normalisierung“ des Protests die Rede. Die Bereitschaft, sich in Bürgerinitiativen zu engagieren, ist in der Bevölkerung um ein Vielfaches höher als die zu einer Mitarbeit in politischen Parteien. Bereits seit den 1970er Jahren wissen wir, dass die Zahl der Menschen, die in Bürgerinitiativen mitarbeiten die der aktiven Parteimitglieder deutlich übersteigt – eine Tendenz, die sich eher verstärkt haben dürfte.

Mit der Etablierung eines Protest- und Bewegungssektors haben sich auch neue Intermediäre herausgebildet. Bürgerinitiativen bringen häufig Führungspersonen hervor, die sich zu Spezialisten für ihr Themenfeld entwickeln und auf vielfältige Art versuchen, die öffentliche Debatte zu beeinflussen. Nach einer Definition von Friedhelm Neidhardt lassen sich soziale Bewegungen als mobilisierende Netzwerke von Netzwerken verstehen. Damit wird eine organisatorische Infrastruktur charakterisiert, die in Alltagsnetzwerke von Vereinen, Verbänden, Kirchengruppen eingebettet ist, aber zugleich eigene mobilisierende Akteure benötigt, um Protestereignisse hervorzubringen. Diese Infrastruktur reicht von informellen Protestgruppen bis zu stärker formalisierten Akteuren, wie z.B. den bewegungsnahen Stiftungen. Die Bewegungsstiftung hat sich z.B. der Aufgabe gewidmet, „Bewegungsarbeiter“ finanziell zu unterstützen, die als „campaigner“ für Proteste mobilisieren. Sie sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel für einen „neuen“ Typus des Intermediären, der die Aktivierung des Publikums (und nicht nur dessen passive Unterstützung) zum Ziel hat. Dass Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen keine spontanen und strukturlosen Veranstaltungen sind, die keiner dauerhaften intermediären Vermittlung bedürfen, hat sich inzwischen herumgesprochen. Vielmehr braucht es mobilisierende Akteure („Bewegungsunternehmer“) und Netzwerke, deren Erfolg wiederum von der Resonanz abhängt, die in anderen Netzwerken, den sogenannten „Mikromobilisierungskontexten“ erzeugt werden kann.

5. ***Bürgerschaftliches Engagement***, das sich in vielfältigen Formen an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt und dadurch ein demokratisches Mandat wahrnimmt. „Im Kleinen etwas gestalten können“ lautet der größte gemeinsame Nenner, wenn es um die Motivation und die Ansprüche der Engagierten von heute geht. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich deshalb nicht mehr angemessen als ein vorpolitisches Element der Zivilgesellschaft beschreiben, sondern ist vielfach zu einer Variante der politisch wirksamen Bürgerbeteiligung geworden. Hospizgruppen haben Krankenhäuser verändert und der Palliativmedizin zu größerer Bedeutung verholfen. Ohne Lotsen, Paten und Mentoren ist heute lokale Integrationspolitik nicht mehr denkbar. Bürgerstiftungen mischen sich in den lokalen Alltag ein und leisten ihren Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens. Die Daten der Freiwilligensurveys mit Engagementquoten von rund 36 % zeigen, wie populär freiwilliges Engagement in der Bevölkerung ist, und die Bereitschaft zum Engagement liegt noch weit darüber. Seit mehr als einem Jahrzehnt hat sich in Bund, Ländern und Gemeinden eine Engagementpolitik herausgebil-

det, die sich der Hebung dieses Schatzes „Engagementbereitschaft“ widmet. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekoordinationsstellen und andere Organisationen sind mit dieser Aufgabenstellung im lokalen Raum entstanden.

Schon diese Hinweise können verdeutlichen, wie mit dem Strukturwandel des Ehrenamts bedeutende Teile des heutigen bürgerschaftlichen Engagements aus dem Schatten von Großorganisationen (Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc.) herausgetreten sind, eigene intermediäre Akteure hervorgebracht haben und auf einer eigenen Stimme im lokalen Geschehen bestehen.

Herausforderungen für intermediäre Akteure

Wenn die These von der vielfältigen Demokratie eine Entwicklungstendenz angemessen erfasst, dann ergeben sich daraus einige Konsequenzen für das Feld der intermediären Interessenvermittlung:

a. Zunächst ist davon auszugehen, dass die oft beschriebene Sogkraft der repräsentativen Institutionen und die damit verbundenen „ehernen Gesetze“ der Bürokratisierung und Oligarchisierung (Robert Michels) nicht dazu führen werden, dass sich die anderen Elemente vielfältiger Demokratie als bloße Übergangs- und Umbruchserscheinungen erweisen und auflösen. Sicherlich werden wir auch weiterhin beobachten können, wie soziale Bewegungen und Proteste neue Parteien (Ökologiebewegung und die Grünen als Beispiel) oder neue Verbände (wie etwa die Umweltverbände) hervorbringen und so das repräsentative Feld erneuern und erweitern. Gleichzeitig entwickelt sich in den anderen Bereichen vielfältiger Demokratie ein je eigenes Geflecht von intermediären Akteuren und Organisationen, das dem dort dominierenden Handlungsmuster Stabilität verleiht. Bewegungsorganisationen mögen klassische Verbände anregen oder stören, aber sie widmen sich der spezifischen Aufgabe, Bewegungen zu ermöglichen und zu unterstützen. Die aktuelle Vielfalt intermediärer Akteure und ihrer Handlungsoptionen geht nicht zuletzt auf diesen Eigensinn vielfältiger Demokratie zurück. Es handelt sich nicht um ein vorübergehendes Durcheinander, das sich zugunsten alter oder neuer Strukturen auflösen wird, vielmehr ist vielfältige Demokratie selbst die Botschaft, wie heute Demokratie angemessen zu verstehen ist. Diese Deutung bestreitet nicht, dass den fünf Demokratieelementen je nach politischem Handlungsfeld sehr unterschiedliches Gewicht zukommt und der repräsentative Bereich weitgehend dominiert.

b. Als Leitbild verstanden, sieht „vielfältige Demokratie“ in der Anerkennung der verschiedenen Demokratieelemente eine wichtige Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer zeitgemäßen Ausgestaltung eines „democratic citizenship“. Es erkennt die verschiedenen Beteiligungselemente in ihren jeweiligen Leistungsmöglichkeiten und Grenzen grundsätzlich an und setzt damit voraus, dass die intermediären Akteure des jeweiligen Feldes darauf verzichten, destruktiv auf die anderen Felder zu wirken. Die verschiedenen Elemente vielfältiger Demokratie bieten vielmehr die Chance der wechselseitigen Korrektur und Ergänzung mit dem Ziel der besseren Umsetzung demokratischer Leitwerte (politische Gleichheit, verantwortliches Regieren, Inklusion etc.).

c. Jedes Handlungsfeld steht aktuell vor übergreifenden Herausforderungen, wenn es um die demokratische Qualität geht. Dies beginnt mit den sozialen und politischen Ungleichheitsentwicklungen

gen, die benachteiligte Gruppen der Bevölkerung inzwischen aus allen Formen der Beteiligung ausgrenzen. Politische Inklusion ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Intermediäre in allen Formen der Beteiligung.

Dies gilt auch für antidemokratische Strömungen, die heute besonders in Gestalt von rechtsradikalen und rechtspopulistischen Akteuren wirksam werden – seien es Parteien wie der NPD, Protestbewegungen vom Typus „Pegida“ oder als „bürgerschaftliches Engagement“ von rechtsradikalen „Kümmernern“, die Hüpfburgen aufstellen und Kinderfeste organisieren. Gefragt sind die Bereitschaft und die Fähigkeit zur demokratischen Selbstkorrektur.

Schließlich sieht sich vielfältige Demokratie von einer Mehrebenenpolitik herausgefordert, die den nationalstaatlichen Rahmen längst gesprengt hat (EU, TTIP etc.) und transnationale Lösungen nahe legt. Das Spannungsverhältnis zwischen überwiegend lokalen Beteiligungsformen und transnationalen Entwicklungen ist sicherlich eines der Kernthemen „vielfältiger Demokratie“.

d. Vielfältige Demokratie ist kein Ponyhof. Mit Konflikten, Spannungen und Abstimmungsbedarf zwischen den unterschiedlichen Elementen ist stets zu rechnen. Hier liegt ein weiteres Betätigungsfeld für Intermediäre. Gemeinsames Ziel sollte dabei ein produktives, demokratiestärkendes Neben- und Miteinander sein, das politische Synergieeffekte anstrebt.

e. Vielfältige Demokratie lebt von der Überzeugung, dass die neue Kombinatorik nicht dazu dient, symbolisch den „postdemokratischen“ Verlust demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten zu bemänteln. Aber gelingt es mit dem neuen Demokratiemix das „Auswandern“ wichtiger politischer Entscheidungen in die Hinterzimmer der Macht – wie es die „Griechenland-Rettung“ noch einmal vorgeführt hat - zu bremsen bzw. zu revidieren und so die demokratische Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens zu erneuern?

f. Zu den Aufgaben intermediärer Akteure gehört es auch, zur Ausbreitung der Leitidee vielfältiger Demokratie beizutragen (wenn sie davon überzeugt sind). Sie ist kein Selbstläufer, sondern erfordert die Bereitschaft zu demokratischen Experimenten (Roth 2015). Dies schließt die Fähigkeit ein, sich mit den vielen *offenen Fragen*, mit den Folgen und Kontingenzen der neuen Leitidee auseinanderzusetzen, die nicht nur die Gegner der neuen Beteiligungsdemokratie vorbringen, sondern auch deren Anhänger beschäftigen, zumindest beschäftigen sollten.

Quellen

Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh.

Hummel, Konrad (2015): Demokratie in den Städten. Baden-Baden.

Lerner, Josh (2014): Everyone Counts. Could „Participatory Budgeting“ Change Democracy? Ithaca/London.

Mair, Peter (2013): Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy. London/New York.

Roth, Roland (2013): Fonds und Budgets – unterschätzte Formen wirksamer politischer Beteiligung, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5)1, S. 7–10.

Roth, Roland (2014): Potenziale und Entwicklungstendenzen deliberativer Partizipation, in: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg, S. 233–293.

Roth, Roland (2015): Wie die Länder zum demokratiepolitischen Reformlaboratorium werden können. (www.gutvertreten.boell.de).

Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hg.) (2014): Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie. Wiesbaden.

Walker, Edward T. (2014): Grassroots for Hire. Public Affairs Consultants in American Democracy. Cambridge/New York.

Autor

Prof. Dr. Roland Roth, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal.

Kontakt: roland.roth1@gmx.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de